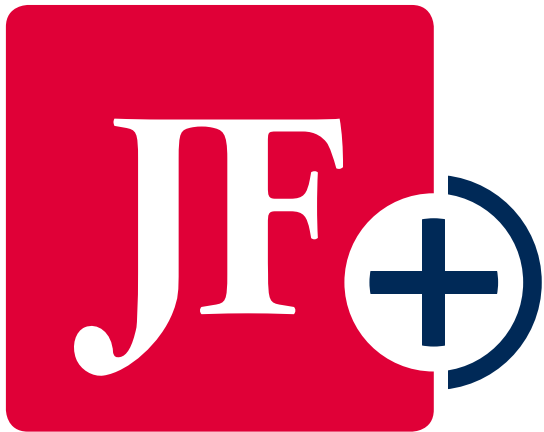


Energiepolitik: Habecks Luftschloß: LNG-Technologie ist am Ende



Energiepolitik

Habecks Luftschloß: LNG-Technologie ist am Ende

Wirtschaft | 15. Oktober 2024 | Hannes Martin |

Die LNG-Technologie sollte Deutschlands Energieversorgung zu günstigen Preisen garantieren. Doch nun droht das Großprojekt, zum nächsten Rohrkrepierer der Ampel zu werden. Die Gründe dafür sind vielfältig.

Nach dem Desaster rund um die geplatzten Pläne für die Chipfabrik von Intel in Magdeburg, der mißlungenen Wasserstoff-Partnerschaft mit Norwegen und den stockenden Projekten im Bereich E-Mobilität und grünem Stahl steht der Bundesregierung nun die nächste Pleite ins Haus.

Die LNG-Strategie der Ampel, einst als entscheidende Lösung für die Energiesicherheit angepriesen, offenbart zunehmend, daß sie nicht die erhoffte Antwort auf die Herausforderungen darstellt. Was die Regierung einst als „essentiell für die Versorgungssicherheit“ anpries, entwickelt sich zu einem weiteren absehbaren Fehlschlag.

Händler ignorieren Verträge

Während die Regierung auf ihrer Website stolz vom Ausbau der LNG-Infrastruktur berichtet, zeichnet sich in der Praxis zunehmend ein anderes Bild ab. Immer mehr LNG-Lieferanten weigern sich, ihre vertraglich vereinbarten Lieferungen nach Deutschland zu schicken. Der Grund: Die Bundesregierung zahlt schlichtweg zu wenig.

Statt dessen nehmen die Händler Strafzahlungen in Kauf und veräußern ihre Fracht lieber an profitablere Märkte, vor allem nach Asien. Dort winken nämlich deutlich höhere Preise. Die vertraglich festgelegten Strafzahlungen – etwa ein Prozent des Lieferwerts – erweisen sich als zahnloses Mittel, das die Händler kaum vom Kurswechsel abhält. Um die Händler dazu zu bewegen, den deutschen Markt wieder in Betracht zu ziehen, wären weitaus massivere Strafzahlungen erforderlich.

Die LNG-Strategie Berlins scheitert

Angesichts dessen wird Deutschlands Rolle im globalen LNG-Handel zunehmend zur Farce. Anstatt die erhoffte Versorgungssicherheit zu garantieren, sieht sich das Land einem regelrechten Wettlauf günstigster Angebote gegenüber.

Die Frage drängt sich auf: Hat sich die Regierung in ihrem Glauben an langfristige Verträge und die Integrität der Handelspartner schlichtweg verkalkuliert? Offensichtlich ist: Statt mit der Realität des Marktes zu rechnen, hat die Regierung auf leere Versprechungen gesetzt – ein Fehler, der die deutsche Energiepolitik einmal mehr in ein schlechtes Licht rückt.

Deutschland ist nun gezwungen, entweder hohe Preise zu zahlen, um so die LNG-Lieferungen wieder nach Deutschland zu locken, oder sich von den Träumen einer LNG-Versorgung endgültig zu verabschieden.

Umweltpolitische Bedenken zum Ausbau

Trotz anhaltender Versorgungsengpässe hält die Bundesregierung jedoch unbeirrt an ihrem Kurs fest und investiert weiter in den Ausbau der LNG-Terminals. Dabei beträgt deren Auslastung aufgrund fehlender Lieferungen derzeit lediglich 41 Prozent, was auf eine klare Überkapazität hinweist. Die LNG-Terminals sind daher derzeit größtenteils nutzlos.

Die LNG-Strategie sieht sich nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch ökologischer Kritik in erheblichem Maße ausgesetzt. Insbesondere der Ausbau des Terminalprojekts vor der Küste Rügens sorgt für weitreichende Besorgnis. Der Bau im ökologisch sensiblen Bereich des Greifswalder Boddens könnte verheerende Konsequenzen für das dortige Ökosystem nach sich ziehen. Die Artenvielfalt sowie die Lebensräume von Flora und Fauna sind ernsthaft bedroht – und das in einer Zeit, in der die Bundesregierung den Klima- und Umweltschutz zur obersten Priorität erklärt hat. Die Aktion könnte widersprüchlicher nicht sein.

Die Anlagen sind nicht für Wasserstoff gebaut

Auch wenn das Wirtschaftsministerium unter Robert Habeck (Grüne) das Ziel verfolgt, den Großteil der bestehenden LNG-Infrastruktur zukünftig klimafreundlich zu gestalten und für die Einspeisung von grünem Wasserstoff zu nutzen, ist dieses Vorhaben ein riskantes Unterfangen. Die Umstellung auf Wasserstoff bringt massive Risiken mit sich, da Wasserstoff einen extrem niedrigen Siedepunkt von minus 253 Grad Celsius hat – deutlich unter dem von LNG, das bei minus 162 Grad Celsius verflüssigt wird.

Diese drastische Temperaturdifferenz bedeutet, daß die bestehenden Anlagen ohne aufwendige, kostenintensive Modifikationen nicht weiterverwendet werden können. Insbesondere die Lager- und Transportkapazitäten der Terminals erfordern eine völlig neue Materialwahl, da Wasserstoff die Eigenschaft besitzt, Materialien zu verspröden. Diese Materialschwäche birgt erhebliche Sicherheitsrisiken, für die die derzeitigen Anlagen nicht ausgelegt sind.

Darüber hinaus ist Wasserstoff extrem leicht entzündlich und stellt ein hohes Explosionsrisiko dar – Aspekte, die in der ursprünglichen Planung der LNG-Anlagen wahrscheinlich kaum Berücksichtigung fanden.

Die Anpassung wird teuer

Um diese Risiken zu begrenzen, wären umfassende Sicherheitsmaßnahmen erforderlich, die voraussichtlich erneut Milliarden an Steuergeldern schlucken würden. Dies wirft die Frage auf, ob es sinnvoll ist, derart immense Summen in ein derart riskantes Projekt zu investieren, ohne klare Erfolgsaussichten.

Für die Verteilung von Wasserstoff könnte zwar das bestehende Gas-Verteilernetz in Betracht gezogen werden, doch wäre auch hier eine umfassende und kostenintensive Anpassung unerlässlich. Der Aufbau eines völlig neuen Verteilernetzes hingegen würde sich noch über Jahrzehnte hinziehen und voraussichtlich Milliardenbeträge im zweistelligen Bereich erfordern. Alle drei Szenarien stellen somit suboptimale Lösungen dar.

Deutschland braucht dringend Importe

Selbst wenn die technischen Hürden der Umstellung überwunden werden, bleibt die Beschaffung von grünem Wasserstoff ein erhebliches Problem. Deutschland ist auf Importe angewiesen und bezieht bis zu 70 Prozent seines Wasserstoffs aus dem Ausland.

Die nationale Produktion reicht bei weitem nicht aus, um den prognostizierten Bedarf von 360 bis 500 Terrawattstunden bis 2045 zu decken. Diese starke Abhängigkeit von internationalen Lieferanten birgt erhebliche Risiken, insbesondere wenn andere Länder ebenfalls mit Versorgungsengpässen kämpfen oder ihre eigenen Bedürfnisse in den Vordergrund stellen.

Regierung geht auf volles Risiko

Anstatt die Chance zu ergreifen und auf effiziente sowie risikoarme Lösungen für die Energieversorgung zu setzen – wie etwa die Reaktivierung der Atomenergie –, verlagert die Regierung ihren Fokus auf unerforschte und ineffiziente Ansätze. Dies zeigt sich deutlich in der gegenwärtigen Strategie für LNG, aber auch im Bereich der Wind- und Solarenergie.

Obwohl die Energiegewinnung durch Wasserstoff als vielversprechende Zukunftstechnologie gilt, sind die damit verbundenen Herausforderungen gewaltig und lassen an der Umsetzung zweifeln. Besonders die Integration von Wasserstoff in die bestehende LNG-Infrastruktur wirft ernste Fragen auf. Die Vorstellung, daß diese neuartige Energiequelle tatsächlich mit den vorhandenen Anlagen kompatibel ist, entpuppt sich schnell als Illusion.

Unabhängigen Journalismus unterstützen!

 **Spenden**

Unabhängigen Journalismus unterstützen!

 **Spenden**